

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

243 (19.10.1932)

Volkstfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE KARLSRUHE TTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gerippten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gegenüber-
setzt 60 Pfennig o. De. Wiederholung Rabatt nach Text, der bei Nichterhaltung des
Zeichens ist, bei gleichzeitiger Bezahlung und bei Kontantzahlung 10% Ermäßigung.
und Geschäftsstellen in Karlsruhe 1. 2. o. Schloß der Universitätsbibliothek 11 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wand-
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark o. Obere Abteilung
1,90 Mark o. Durch die Post 2,30 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Ge-
wöhnlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle
Redaktion: Karlsruhe 1. 2. Waldstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Dolmetscher-
Dienstleistungen 9. B.-Boden, Teubnerstr. 12. Karlsruher, 2. Offenburg, Republikstr. 2

Nummer 243 Karlsruhe, Mittwoch, den 19. Oktober 1932 52. Jahrgang

Verbrechen und Wahnsinn der SPD.

Das Offiz, die entscheidende Instanz für die kommunistische Internationale hat an die Kommunisten Deutschlands, unter Führung und Mitwirkung der deutschen kommunistischen Führer, diesen ebenso wahnsinnigen wie auch vom Standpunkt des Klassenkampfes aus gesehen, direkt verbrecherischen Befehl herausgegeben:
„Für wenn der Hauptkrieg gegen die Sozialdemokratie, diese soziale Hauptfeinde der Bourgeoisie, gerichtet wird, kann man den Hauptkassenkampf des Proletariats, die Bourgeoisie, mit Erfolg schlagen und zerstören.“
Die auf breiter Front erfolgenden Angriffe der Reaktion auf die sozialpolitischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse sollten, auch dem letzten Arbeiter klar werden lassen, daß über alle Prinzipien-Theorien hinweg, die politische Einigung ein Gebot der Stunde geworden ist. Die Sozialdemokratie hat als stärkste politische Vertreterin des schaffenden Volkes der kommunistischen Partei bereits vor Eröffnung des letzten Wahlkampfes ein praktisches Kampfbündnis angetragen. Ihre Führer haben durch Freisprechung und Stämpfer vor aller Öffentlichkeit die Einstellung der gegenseitigen Bekämpfung angeboten.
Der Führer der SPD, Ernst Thälmann, aber antwortete:
„Die Sozialdemokratie bleibt nach wie vor unser Hauptfeind!“
In dieser Einstellung der kommunistischen Partei hat sich bis heute nicht nur nichts geändert, sondern seit einigen Wochen ist der Kampf gegen die Sozialdemokratie in ungeheurer Weise verschärft worden. Am 15. September schlägt die kommunistische Partei in einem Manifest eine „Einheitsfrontaktion“ vor. Mit unauflösbaren Unterstellungen wurde dabei gegen die Sozialdemokratie gebot. Ohne einen Beweis anzuführen, wurde behauptet: Die Sozialdemokratie führt die Propaganda!

Während so in verneinender Weise gegen die SPD gearbeitet wird, enthält der alte Kurs der SPD, die Führung eine offizielle Anerkennung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation.
Ihre Mitglieder werden aufgefordert, sich in die Einheitsfrontaktion der SPD einzuschreiben. Anstatt, wie es für eine wahrhaft sozialistische Partei allerersten Ranges wäre, den breiten Massen des Volkes zu zeigen, wie die Anarchie des kapitalistischen Systems das Volk ins Elend geführt hat, behauptet der kommunistische Führer: „Die SPD hat euch in Not und Elend gestürzt!“ Nicht der Kapitalismus also hat schuld, nicht die Wirtschaft, deren Vertreter heute in Deutschland allein regieren. — Nein, die SPD hat schuld! Das sagt eine Partei öffentlich zu behaupten, die für sich immer noch den Ehrentitel einer sozialistischen Partei in Anspruch nimmt! Bei einer solchen Einheitsfront mit den Preisfeindern des Antimarxismus wird der Dank der Herren der Industrie und der Bourgeoisie des Landes nicht fehlen. Eine bessere Abrechnung von dem wahren Schuldigen am Elend des deutschen Volkes und darüber hinaus der armen arbeitslosen Massen der Vereinigten Staaten, Englands, Italiens und der ganzen übrigen Welt konnte selbst der Hitler nicht propagieren. Die Parolen der Nazis sind die Einheitsfrontparolen der SPD geworden.

Mit einer solchen Einheitsfrontaktion, die, statt das Einende hervorzuheben, im blinden Glauben nicht nur das Trennende betont, sondern dem Gegner noch gute Hilfsdienste leistet, führt die SPD den Volkshof in den Rücken der kämpfenden Arbeiterklasse. Sie will nicht die Einheitsfront, sie will nur die Vernichtung der Sozialdemokratie, die sie, unbekümmert um das Gesamtinteresse der deutschen Arbeiterklasse, bekämpft.
Dieser Kampf ist nicht neu. Als im Jahre 1923 die furchtbare Notzeit der Inflation auf Deutschland lastete, glaubte die deutsche Reaktion, ihre Zeit sei gekommen. In Sachsen und Thüringen bildeten die Sozialdemokratie und die Kommunisten gemeinsame Regierungen. Das war der Vorzug der Konjunktur. Diese Konjunktur fand aber vor den Augen der Herren der kommunistischen Internationale keine Gnade. Die damalige Führung der kommunistischen Partei mußte abtreten. In den Tagen der Taktik der Komintern, beschloßen auf ihrem fünften Weltkongreß, vom 17. Juni bis 8. Juli 1924 in Moskau, wird unter dem Abschnitt VI, „Schonungsloser Kampf gegen die opportunistischen Rechtsablenker“ das folgende gesagt:

„Auf dem V. Kongreß hat sich in voller Klarheit herausgestellt, daß in einigen der in der Arbeiterbewegung wichtigsten Ländern die Vertreter der rechten Tendenz in der verflochtenen Periode den Versuch unternommen hatten, die Taktik der Einheitsfront und der Arbeiter- und Bauernregierung vollständig zu verwerfen, und zwar in der Richtung der Auslegung dieser Taktik im Sinne eines engeren politischen Bündnisses, einer organischen Koalition „aller Arbeiterparteien“, das heißt eines politischen Bündnisses der Kommunisten mit der Sozialdemokratie.
Und im Abschnitt VIII heißt es demnach weiter:

„Die Einheitsfronttaktik ist nur eine Methode der Agitation und der revolutionären Mobilisierung der Massen für die Dauer einer anagen Periode. Alle Versuche, diese Taktik als politische Koalition mit der Sozialdemokratie auszulassen, sind Opportunismus, der von der kommunistischen Internationale verurteilt wird.“
So sieht das wahre Gesicht der SPD aus! Diese Beschlüsse der Komintern sind auch heute noch für sie bindend. Die Schmach und der Wille der großen Masse noch einer Einigung zum Kampf gegen die bankrotte kapitalistische Wirtschaft und ihr System der sozialen und politischen Reaktion wird von dieser Partei zum

„Ihr Herren Deutschnationalen!“

Haltet den Dieb! oder: Der Teufel schimpft den Kohlenbrenner einen schwarzen Kerl

Der Mordstrach, der unter den Harzburger Brüdern ausgebrochen ist und wo immer möglich mit Schlagringen, Biergläsern, Stuhlbeinen, Knütteln und ähnlichen Argumenten ausgefochten wird, nimmt immer lustigere Formen an. Die Nazis, die sowohl von den Baronen in der Papenregierung wie von der deutschnationalen Parteiführung so gründlich und jämmerlich über Ohr gehauen wurden, können sich in ihrer unbändigen Wut nicht mehr zügeln. So lesen wir unter der obensiehenden Ueberschrift im getrigen „Führer“ die Abfanzung der Brüder und politischen Spießgesellen von Harzburg:
Ihr wollt dem Volk vorläuen, die nationalsozialistische Freiheitsbewegung verrate das Volk, weil sie zusammen mit dem Zentrum versucht hat, euch Papenheimer an der Berechtigung und Entschädigung des Volkes zu hindern! Ihr wollt dem Volke vorläuen, daß ihr die autgewollten Herren seid. Ihr verschweigt, daß die Nationalsozialisten deshalb mit dem Zentrum gesprochen haben, weil ihr veracht, durch die ständig wiederholte Auflösung des Reichstags das Volk mundtot zu machen! ...
Was habt ihr denn getan?
Habt ihr nicht im Jahre 1924 das Kabinett Marx-Stresemann toleriert, das das deutsche Volk in die Knechtschaft des Dames-Pattes führte?
Habt ihr nicht den Dames-Patt angenommen?
Seid ihr nicht auf ewig mit dem Schandmal dieses Skawenpattes gezeichnet?
Habt ihr nicht im Dezember 1924 das Kabinett Luther gebildet, das vom Zentrum „toleriert“ wurde?
Habt ihr nicht für die fünfzigste Teilung der Reichsregierung der Gefälligkeitspolitik, des Stresemanntrübes ausdrücklich garantieren müssen?
Habt ihr nicht im Jahre 1926/27 jährlich mit dem Zentrum gekuhandelt! ...
Ihr habt also das Novemberverbrechen ausdrücklich anerkannt!
Ihr habt also die Verfassungspolitik der Marxisten ausdrücklich unterstützt und weitergeführt!
Ihr habt also euch in die Systemfront eingeleiert!
Ihr habt also eure angeblich heiligsten Ueberzeugungen schmählich um ein paar Ministerstühle aus der Hand des Zentrums verkauft! ...
Ihr ... habt das Volk und euch verraten!
So seht eure heuchlerische Politik in Wirklichkeit aus!

Das sind eure Taten!
Zahrelang habt ihr euch „national“ genannt, und international gehandelt!
Zahrelang habt ihr mit dem Zentrum zusammen gekuhandelt, paktiert und euch ihm unterworfen!
Heute nennt ihr Seuchler es ein Verbrechen, wenn die NSDAP, um das Volk zu retten, mit denen nur spricht, von denen ihr bereitwillig Ministerstühle entgegennehmt! ...
Weg also mit den reaktionären Verrätern! ...

Also und alles in allem: die Deutschnationalen sind mindestens seit dem Jahre 1924 in den Augen der Nazis die infamste und schafelste politische Gesellschaft, die je auf der deutschen Erde herumgelaufen ist. Aber noch vor einem Jahre waren die Nazis, obwohl sie auch damals sicher schon alle Schandtatzen der Deutschnationalen kannten, durchaus bereit, mit ihnen gemeinsam das deutsche Volk unter das Doppeljoch der politischen und ökonomischen Sklaverei zu hegen, heute aber, wo die einen lauberen politischen Kumpans die anderen so gründlich betrogen haben, heute wird in den Naziblättern den Deutschnationalen Schimpf und Schande angetan, weil sie mit dem Zentrum ein Teufelsmehel versucht haben und wahrscheinlich den Versuch demnächst wiederholen werden, während die Nazis selbst vor wenigen Wochen ebenfalls mit dem Zentrum teufelsmehelten und offenbar auch dabei hineingefallen sind.
Das Zentrum galt bei den Nazis noch vor zwei Monaten als die „schwarze Best“, als die Verkörperung aller politischen Missetaten und Hinterlist und 14 Tage später verhandelte man höflich und artig mit dem gleichen Zentrum. Wir haben in den Jahren 1906 bis 1909 den Reichstagen verhandelt, der unter dem Kommando des Generals von Liebert stand, der heute ebenfalls ein Nazi ist. Damals haben wir geglaubt, der Gipfelpunkt in der Strupellosigkeit des Lügens und in der Erbärmlichkeit der politischen Gesinnung sei erreicht worden. Aber das war eine große Täuschung. Die Volksbetrüger des Reichslügenverbandes sind jämmerliche Zwerglein gegen die Volksbetrüger, die unter dem Gebrüll „Heil Hitler!“ und mit der Hakenkreuzbinde am linken Arm, das „Dritte Reich“ der NSDAP in die aufrichten wollen. Im übrigen müssen wir aber gestehen: die Schilderung, die jetzt in den Naziblättern von den Deutschnationalen gegeben wird, ist deshalb lesenswert, weil man annehmen darf, die Gesellschaft kennt einander genau und weiß, wie sie sich gegenseitig einzuschlagen hat.

Tagesschau

London, 18. Okt. Nach einer Reuters-Meldung aus Bana wird die Nachricht, wonach Gandhi einen Schlaganfall erlitten haben soll, amtlich dementiert.

Göppingen, 18. Okt. Nach einem Bericht des Regierungskommissars in Göppingen hat sich die laufende Veranschlagung der Stadt Göppingen von 34 auf 36 Millionen Mark erhöht. Der Staatsschatz hat für 34 Millionen Mark die Garantie übernommen.

London, 18. Okt. Die Zahl der Arbeitslosen in England beträgt zur Zeit 2.303.000, das sind 317.000 mehr als im August 1931.

Paris, 18. Okt. Die deutsche Delegation, die zu Besprechungen über die Kontingentierungen mit der italienischen Regierung in Rom verhandelt hat, ist heute in Paris eingetroffen, um auch hier Besprechungen über die Kontingentierungsfrage einzuleiten.

London, 18. Okt. Im Unterhaus teilte Premierminister MacDonald mit, daß er ersucht worden sei, den Vorsitz der Weltwirtschaftskonferenz zu übernehmen. Er werde das Ersuchen annehmen.

London, 18. Okt. In verschiedenen Vierteln der Stadt kam es heute zu Zusammenstößen von Arbeitslosen mit Polizei. Als die Demonstranten zum Rathaus ziehen wollten, wurden sie von Polizisten aufgehalten, die mit dem Gummiknüppel gegen die Menge vorgingen mußte. Einige Personen wurden leicht verletzt und mehrere festgenommen.

Paris, 18. Okt. Der Finanzausschuß der Kammer, der heute mit der Beratung des Haushaltsplanes 1933 beginnen sollte, der ein Defizit von 12 Milliarden Francs aufweist, hat mit seinem Beschluß, zunächst die Mitglieder der Regierung über ihre Haushaltsfinanzierungspläne zu hören, die Regierung vor neue Schwierigkeiten gestellt.

München, 18. Okt. In der vergangenen Nacht wurde auf die Wohnung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Sittlich ein Tränengasbombenanschlag verübt. Als Sittlich aus einer Versammlung der Eisernen Front zurückkehrte, fand er keine Wohnung mit Tränengas angefüllt vor. Die Untersuchung ergab, daß die Bombe durch eine Fensterhebe in das Wohnzimmer geschleudert worden war. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Hitlerische Mordbuben

Wesolau, 18. Okt. (Eig. Draht.) Wegen Mordverdachts in drei Fällen in Tateinheit mit Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz ist im Zusammenhang mit den zahlreichen Bombenattentaten in Schleifen, an deren Aufklärung Staatsanwaltschaft und Polizeibehörden gegenwärtig fieberhaft arbeiten, gegen den Oberführer der SA, der Untergruppe Mittelschleifen-Süd, von Obernig-Reichenbach, und seinen Adjutanten, Graf Sprei, Haftbefehl ergangen. Da beide SA-Führer, die in der schleifischen SA eine tonangebende Rolle spielten, schon lange Zeit flüchtig sind, sind außerdem Steckbriefe gegen sie erlassen worden. Vermutlich halten sich von Obernig und Graf Sprei bei Gefinnungsangehörigen im Reich auf. Bemerkenswert ist, daß die Namen der beiden geflohenen SA-Führer auf der Reichsliste der NSDAP zur Reichstagswahl zu finden sind. Man glaubt also in der Nazi-Partei, die Flüchtlinge bis nach Beendigung des Reichstagswahlkampfes verborgen halten zu können. Bei den Ermittlungsbehörden herrscht jedoch die Auffassung vor, daß die Ergreifung der beiden Führer noch vor dem 6. November gelinge.

Ein SA-Mann aus Reichenbach, der gleichfalls der Teilnahme an den Gewalttaten im Kreise Nimpsch-Reichenbach verdächtig ist, konnte am Dienstag festgenommen werden. Damit hat sich die Zahl der im Kreise Nimpsch-Reichenbach verhafteten Hakenkreuzler auf vier erhöht.

Attentat mit Tränengas

München, 18. Okt. In der vergangenen Nacht wurde auf die Wohnung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Sittlich ein Tränengasbombenanschlag verübt. Als Sittlich aus einer Versammlung der Eisernen Front zurückkehrte, fand er keine Wohnung mit Tränengas angefüllt vor. Die Untersuchung ergab, daß die Bombe durch eine Fensterhebe in das Wohnzimmer geschleudert worden war. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Freistaat Baden

Nazi-Propaganda mit Lebensmittelsammlungen

Aus Freiburg im Breisgau schreibt man dem „Staatsanzeiger“: „Die Nationalsozialisten haben kürzlich für die Bauern im Kaiserstuhlgebiet bzw. für die sogenannte nationalsozialistische Bauernhilfe im Hochschwarzwald und in der Gegend der Saar Lebensmittel gesammelt. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden gewesen, aber die Ueberführung in das Kaiserstuhlgebiet erfolgte in so demonstrativer und propagandistischer Form, daß die Polizei einschreiten mußte. Es trat eine geschlossene Kraftwagenkolonne von 16 Fahrzeugen auf. Die Führer und Begleiter trugen die nationalsozialistische Parteiuniform. Auf den Wagen flatterte die Partei- und die nationalsozialistische Demonstrationsschilder mehr waren.

Die Wagen kamen aus dem Schwarzwald und durchfuhren Freiburg an einem Sonntag; es kam dann in der Talstraße zu einigen Auseinandersetzungen. Dafür macht nun die nationalsozialistische Presse die Freiburger Polizei verantwortlich. Sie beschwerte sich auch gegen den Polizeidirektor Baer, aber die Darstellung der Polizeidirektion in den Freiburger Zeitungen schafft volle Aufklärung. Man wollte auf der Fahrt vom Schwarzwald nicht den nächsten Weg in der Richtung nach dem Kaiserstuhlgebiet einschlagen, wie dies hätte selbstverständlich sein müssen; es sollten zur richtigen Entlastung der nationalsozialistischen Propaganda die inmitten der Stadt gelegenen Hauptstraßen, Zähringer Straße und Kaiserstraße, benutzt werden. Dazu waren, wie schon bemerkt, die Wagen propagandistisch aufgemacht und mit uniformierten SA-Leuten besetzt. Es fehlten auch nicht die Partei- und die Demonstrationsschilder. Man hätte annehmend nicht um des eben genannten Lebensmittels für die notleidenden Kaiserstühler Bauern gesammelt, sondern nationalsozialistische Agitation damit bezweckt.

Wenn die Behörden hier eingegriffen haben, dann kann man ihrem Vorgehen nur beifallen. Die Nationalsozialisten sind nicht im Unrecht, wenn sie sich darüber beschweren. Die Erklärung der krieglichen Polizeidirektion trifft das richtige, wenn sie am Schluß sagt:

„Von einem Hebergriff gegenüber der nationalsozialistischen Bauernhilfe kann nicht die Rede sein. Vielmehr hat man dieser Einrichtung in den Grenzen des Zulässigen das möglichste Entgegenkommen gezeigt. Es steht von keinem Verständnis für die Lage einer krieglichen Behörde, daß man ihr Schikane und Parteilichkeit vorwirft, wenn sie lediglich die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zur Durchführung bringt, die vielmehr dem einzelnen unbequem sein können, die aber für alle Staatsbürger gleichermaßen Geltung haben.“

Ministerbeleidigung durch den „Führer“

Im Karlsruhe, 18. Okt. Wegen Beleidigung und über Nachrede hatte sich vor der Großen Strafkammer (Vorstands: Vandoerichts- direktor Köhrtner) der verantwortliche Schriftleiter des „Führer“, Franz Moraller vor hier, zu verantworten. Er hatte im „Führer“ und „Altmann“ unterm 27. Juli ein Bild veröffentlicht, das den Reichsminister Brüning, Staatspräsident Dr. Brüning und den Reichsminister Dr. Brüning, mit folgendem Text: „Heil Hitler! Nein, sondern drei Zentrumsmänner des kaiserlichen Systems leihen den Offenbarungseid.“ In der gleichen Nummer erschienen unter der Ueberschrift „Ganze 5000 Mark der Zentrumregierung für die Unweitergeschädigten am Kaiserstuhl“ ein Artikel, in dem ausführlich wurde: „Während man den schwarz-roten Ministern jedem 2000 Mark in die Tasche schiebt, bringt die Regierung es fertig, den Geschädigten ein Trinkgeld von 5000 Mark anzubieten.“ Moraller erklärt, ihm habe bei der Veröffentlichung des Artikels und des Bildes eine beleidigende Absicht ferngelegen. Nach seinen Informationen seien, als der zweite Artikel geschrieben worden, den Geschädigten nur 5000 Mark zur Verfügung gestellt worden; eine amtliche Mitteilung, daß die Regierung weitere 5500 Mark für die Unweitergeschädigten auswarf, befand sich in der gleichen Nummer des Blattes. Er habe sich nicht über die gesamte Höhe der Unweiterhilfe „wegen Arbeitsüberlastung“ unterrichten können.

Wegen des Bildes und des Artikels wurden Strafanträge gestellt von sämtlichen Mitgliedern des badischen Staatsministeriums. Oberstaatsanwalt v. Hoyer führte aus, daß es sich um bewusste Beleidigungen der Regierungsmitglieder handele. Es ließen sich Feststellungen nach § 185 in Verbindung mit der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 vor. Der Strafantrag lautete auf drei Monate Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Rupp, tritt für Freisprechung ein. Die Strafkammer fällt folgendes Urteil: Der Angeklagte Moraller wird wegen Beleidigung nach § 185 zu 200 Mark Geldstrafe und wegen über Nachrede nach § 185 hinsichtlich der Mitglieder des badischen Staatsministeriums zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Den Beleidigungen wurde die Befugnis zuerkannt, das Urteil im „Führer“, „Altmann“, „Badischen Beobachter“ und der „Karlsruher Zeitung“ öffentlich bekannt zu machen.

Nationalsozialisten und Fall Daubmann

Nazi-Motorstaffel huldigt

Der Fall „Daubmann“ als Beweis der nationalsozialistischen Lügenhefz

Wenn auch in dieser schnelllebigen Zeit der Fall Daubmann-Summel schnell in den Hintergrund tritt, so ist er doch nicht vergessen und die schwere Schuld der Nationalsozialisten ein leichtfertiges Betrugsmandat als Grundlage einer neuerlichen Hebe gegen Frankreich gemacht zu haben, kann nicht mehr verwischt werden. Der nationalsozialistische „Führer“ allerdings glaubt, daß dieser Fall schon wieder vergessen ist und er jetzt daher schon wieder mit frischem Mut seine Hebe wieder fort. Wenn irgend etwas es ermöglicht hat, daß der Fall Daubmann-Summel bei weiten Kreisen keinen Widerspruch gefunden hat, so deshalb, weil die Verhältnisse in Frankreich-Nordafrika und vor allem bei der Fremdenlegation in Deutschland durch tausend Lügenmärchen im Unklaren gehalten sind und man durch die widersprechenden Berichte sich kein Bild zu machen vermag. Gerade in Verbindung mit dem Fall Daubmann wäre es jedoch notwendig, daß über die Verhältnisse bei der französischen Fremdenlegation mehr Klarheit bestünde, sowohl nach der positiven wie nach der negativen Seite hin, wobei immer wieder gesagt werden muß, daß deutsche Jugend für etwas Besseres gut ist, als in Nordafrika fremden Ländern als Kanonenfutter zu dienen. Der „Vorwärts“ hat nun dieser Tage versucht, ein ungeklärtes Bild über die Fremdenlegation zu geben und dabei die guten und die weniger guten Seiten geschildert, da mit Lügenberichten niemand gebietet ist. Die Tatsache der Schilderung im „Vorwärts“ mißbraucht nun der nationalsozialistische „Führer“ zu der Lügenberichterstattung: SPD. wird für französische Fremdenlegation“, um dabei gleichzeitig sowohl gegen die Sozialdemokratie wie gegen Frankreich auf Grund eines einseitigen Tendenzberichts zu hetzen. Der „Führer“ und die Nationalsozialisten können eben die Wahrheit nicht vertragen und müssen hetzen, sei es nun gegen das Ausland, sei es gegen die Arbeiterklasse, wobei ihnen die größten Lügen gerade am besten als Unterlage sind, wie der „Fall Daubmann“ zur Genüge beweist. Wir halten es daher für notwendig, einmal die Rolle zu beleuchten, welche der „Führer“, die nationalsozialistische Presse und die nationalsozialistischen Organisationen beim „Fall Daubmann“ gespielt haben.

Heute sucht der „Führer“ die Dinge so darzustellen, als ob die Nationalsozialisten diesem Fall sehr fern gestanden hätten und sie daher von den Entstellungen völlig unberührt seien. In Wirklichkeit lagen die Dinge jedoch nicht so. „Der Führer“ hat nicht nur mit vollem Horn in die Glorifizierung Daubmanns mit hinein- geschlagen, sondern er hat diese Gelegenheit mit der ihm üblichen Geslossenheit benutzt, um sowohl gegen Frankreich wie gegen jene Kreise in Deutschland, die eine gründliche Untersuchung gewollt hätten, zu hetzen. In seiner Nummer vom 4. Juni schrieb „Der Führer“:

„Es ist selbstverständlich, daß das ganze Volk eine Zurechtweisung Frankreichs und eindeutige Aufklärung verlangt, ob und wo etwa deutsche Volksgenossen, die es vermerkt beigezeichnet werden, in französischen Kerker schmachten.“

Schon sind wiederum französische Kräfte am Werke, um die „grande nation“ vor der Aufdeckung ihres schändlichen Handelns gegen deutsche Volksgenossen zu reinigen. Dabei wagt es ein Alpha-Iklat des Nozze-Lachmann-Berlages, die Angaben des zurückgekehrten Daubmann in Zweifel zu setzen. Vorfristig allerdings, doch unmißverständlich, weist man dem Leidenden, der sich heute vom Krankenlager nicht verteidigen kann und vielleicht auf immer auf das kostlichste Gut, die Gesundheit, verzichten muß, vor, seine Erzählung beruhe nicht auf reiner Wahrheit.

Auf einen solchen Ausweg kann nur die schmutzigste Tendenzpolitik kommen, die einen Deutschen verachtet der Lüge begünstigt, nur um Frankreichs Verhalten im besten Licht aufzuzeigen.

So best der „Führer“ gegen jene Kreise, welche gegenüber dem „Daubmann“-Kummel den Kopf klar behielten, verdächtigte er diese Kreise als „franzosenhörig“, weil eben Ehrlichkeit der nationalsozialistischen Politik zuwider ist und sie ohne Lüge und Betrug nicht leben kann. In das gleiche Horn wie der nationalsozialistische „Führer“ blies auch die übliche nationalsozialistische Presse Badens und „Das Vaterlandsbanner“ schrieb am 2. Juni zum Empfang Daubmanns auf dem Freiburger Hauptbahnhof:

„Daubmann, dessen ganze Energie und Talfracht sich zum Ziele gesteckt hatte, die Heimat wieder zu erreichen, der nahezu 5000 Kilometer unter den größten Strapazen zu Fuß in Afrika zurückgelegt hatte, verfiel in Ohnmacht und wurde von seinen Kameraden zu seinen Eltern getragen.“

Die Anweisungen waren bis aufs Äußerste erschüttert, und eine ohnmächtige Wut lag in den einzelnen auf, daß es heute im Zeichen einer angeblichen „Kultur“ und „Bil-

derjöhnungsduferei“ sich ein Staat es noch erlaubt, einen deutschen Frontsoldaten, der ihnen schwerverwundet in die Hände gefallen ist, mit Räubern, Mördern und gemeinen Verbrechern in die Strafkolonie zu schicken. Auf der anderen Seite geben die amtlichen Vertreter dieser Nation der deutschen Regierung die Erklärung ab, daß kein ehemaliger Kriegsgefangener mehr in Frankreich zurückgehalten würde. Hier im Kleinen zeigt sich mit aller Deutlichkeit die Auswirkung der Streikemanlichen Verkündigungspolitik.

Vielleicht glaubten auch unsere Behörden in Freiburg an die Echtheit der französischen Erklärung, denn es war kein offizieller Vertreter an der Bahn, um den deutschen Frontsoldaten Oskar Daubmann, der 16 Jahre für seine Heimalische leiden mußte, in irgendeiner Form zu begrüßen. Wenn eine passifistische Delegation von Frankreich hier angekommen wäre, so hätte man gewiß einen Vertreter zum Empfang dieser Herren am Bahnhof sehen können. Aber es handelte sich ja nur um einen ehemaligen Frontsoldaten.“

So wurde von der nationalsozialistischen Presse Badens auf Grund einer Schwindelaffäre gegen Frankreich gehetzt, wurde von der nationalsozialistischen Presse die Regierung angeklagt, weil sie sich erst Klarheit darüber verschaffen wollte, wie weit der Vorgang auf Richtigkeit beruhe. Aber was schert die nationalsozialistische Presse Wahrheit und Ehrlichkeit, wenn es sich darum handelt, in außen- und innenpolitischen Verbündigungen zu machen. Wenn jemand Unterlagen zur innen- und außenpolitischen Hebe liefert, dann machen die Nationalsozialisten Subjunktionsfabriken und Anklagen und wenn es sich um hundertprozentige Lügen handelt. So unternahmen denn die Nationalsozialisten eine Subjunktionsfahrt zum „Frontsoldaten Daubmann“, worüber der nationalsozialistische „Führer“ vom 12. Juni folgenden Bericht bringt:

„Freiburger Nationalsozialisten begrüßen den Frontsoldaten Oskar Daubmann. Die Schleißen des Himmels öffnen sich, es ist Sonntag früh 8 Uhr; strömender Regen prasselt gegen die Fensterheben und dennoch lassen es sich die in Freiburg und Umgebung wohnenden Nationalsozialisten nicht nehmen, auf Laßwagen, Personenwagen und Motorräder dem Kameraden Daubmann in Endingen die kameradschaftlichen Grüße zu überbringen. Eine stattliche Anzahl von Fahrzeugen, etwa 70 an der Zahl, hatten sich in voller Fahrt trotz Regen und Kälte eingeschunden.“

Nachdem in Thüringen erstmalig Kaff gemacht wurde, ging es am Nachmittag weiter nach Endingen. Nicht endenwollende „Heil Hitler“-Rufe drangen uns überall dort entgegen.

Eine Abordnung begibt sich zum Vaterhaus Daubmanns. Bereitwillig wird von dem Gendarmereibeamten ein Weg durch die nach Tausenden zählenden Menschen gebahnt. Gebrochen an Leib und Seele, den inneren Erregungen nicht gewachsen, liegt Oskar Daubmann auf seinem Lager, keines Wortes mehr mächtig! Stumm stehen wir vor dem Vaterhaus des Gequälten, wir denken zurück an jene große Nation, die sich nicht schämt, deutsche Volksgenossen, die in harter, aber freudiger Pflicht um ihr Vaterland Blut und Leben einsetzten, wie gemeine Verbrecher zu behandeln. Wir sagten einander in stiller Ergriffenheit: „Nie davon sprechen, aber immer daran denken.“

So hetzten die Nationalsozialisten in Wort, Schrift und Bild — der „Führer“ veröffentlicht zur Unterstreichung des „Eindrucks“ zwei Bilder, die den zu Ehren Daubmanns angetretenen Motorzug und die Abordnung der hereinfallenden am „Vaterhaus Daubmann“ in Endingen zeigten, — sowohl gegen jene Volkstreu, die nicht auf den Schwindel hereinfielen, sondern Prüfung verlangten, wie gegen Frankreich, um auf Grund des ungeprüften Falles Daubmann eine neue große nationalsozialistische Hebe zu entfalten. Dieser Vorgang ist jedoch mehr als ein beliebiger, sondern er ist ein Topos dafür, wie die Nationalsozialisten jedwede Gelegenheit, mag sie halb, dreiertel oder ganz verloren sein, benutzen, um in innen- und außenpolitischer Hebe zu machen. Wie es mit dem Fall Daubmann beschaffen ist, so ist es mit dem größten Teil des „wichtigen“ Materials der nationalsozialistischen Hebelzüge bestimmt. Sie ist auf Lüge aufgebaut, wenn auch leider in vielen Fällen nicht die Mühe unternommen wird, den Schwindel so reiflos aufzulären, wie im Falle Daubmann. Der Fall Daubmann ist so auch eine Mahnung für das deutsche Volk, den nationalsozialistischen Lügen, sowohl in außen- wie in innenpolitischer Hinsicht, seinen Glauben mehr zu schenken und das deutsche Volk zu warnen, jedem Räder auf den Leim zu geben.



O-DOL-ZAHNPASTA

mit Lingner - Gedenkmünzen... sie haben Kaufkraft.



Halbjahrhunderterfeier des Arbeiter-Gesangvereins Harmonie

Eine stattliche Festgemeinde hatte sich Samstagabend in der Gasthalle der Reichshalle eingeladen, um gemeinsam mit dem Arbeiter-Gesangverein Harmonie dessen fünfziges Stiftungsfest zu feiern. Besonders die Arbeiterfänger von Karlsruhe waren es, die sich sehr zahlreich an der Veranstaltung beteiligten. Das Fest war in einfach, fröhlichem Rahmen gehalten, es bestand aus dem Festkonzert, dem anschließenden Bankett und einem Unterhaltungs-Nachmittag am Sonntag. Das Festkonzert war vorwiegend auf einen volkstümlichen Ton gestimmt, die Vereinsleitung hatte in Verbindung mit dem tüchtigen Dirigenten E. Falckenberg ein gutes Programm zusammengestellt. Der gemischte Chor wurde seiner vielseitigen Aufgabe vollumfänglich gerecht. Die Frauenstimmen wiesen eine besonders schöne Zusammenfassung auf, ein paar helle Soprane haben die Führung. Die Menckesohn-Wieder fanden eine ausgezeichnete Wiebergabe. Der Dirigent hatte jeden Chorlied am Schluß des Programms, deren schöner Vortrag nicht zum Herzen der Hörer sprach. Die Solistin, Fräulein P. N. N. H. im P., ergänzte mit einer schönen Sopranstimme in glücklicher Weise das Programm; für die innig und tonisch ge-

lungenen Vorträge verdiente die Künstlerin ein Sonderlob. Die beiden Paare, Sängerin, Sängerin, „Vorwärts“ unter Leitung von Dr. H. Köhler und Gem. Chor Brudersb und verführten das Fest der Harmonie durch bewegte, energiegeladene Vorträge einiger Chöre. Die Festrede hielt der Vorsitzende des Ganges Baden des deutschen Arbeiterfängerbundes, Stadtrat Köpfer. — Die Paare, Sängerin, Sängerin, „Vorwärts“ und Gem. Chor Brudersb überbrachten als Festgaben einige Chöre. Der Vorsitzende der Harmonie, Gen. Weeg, konnte eine Anzahl Mitglieder für treue, langjährige Mitgliedschaft ehren. In vor allem den 83 Jahre alten Mitgliedern des Vereins, Gen. Josef Kobay, weiter die Genossen Kapar Stahel, Durack und Karl Hauer, Annelingen; sowie die Sängerinnen Frau Vinnigbäcker, die trotz ihrer 76 Jahre keine Singtöne veräußerte, und Frau Klein; auch des Dirigenten Falckenberg wurde verdientermaßen gedacht.

In einem anschließenden Festbankett beteiligte sich in besonders herzlicher Weise die innige Verbundenheit der Arbeiter-Gesangvereine. Eine ganze Reihe Vereine — Ges. Verein „Einigkeit“, Grünmühl, „Einigkeit“, „Brudersb“, „Sängerlust“, „Straßenbahner“, „Freiheit“, „Vereinsteam“, „Vorwärts“ — feierten aus ihrem reichen Vorkriegsbesitz besten Besitzt. Der Vorstandsvorsitzende Hans Scherz zeigte auf seinem Instrumente ein außerordentliches technisches Können. —

Die „Harmonie“ darf auf eine wohlgelungene, künstlerisch auf beachtlicher Höhe stehende Stiftungsfest zurückblicken, deren Verlauf für sie Ansporn sein wird, auf dem bisher begangenen Wege weiterzukommen, treu und eng verbunden mit dem deutschen Arbeiter-Sängerbund.

Bad. Landestheater. Mittwoch, 19. Oktober, findet das 1. Sinfonie-Konzert dieses Winters unter Leitung von Iljane Dobrowen und mit Colette Franz als Solistin für Violine statt. Zu Gehör kommen „Don Juan“ von Richard Strauss, die Rhapsodie für Violine und Orchester von Seibel und die 5. Sinfonie „Aus der neuen Welt“ von Dvořak. — Am Freitag, 21. Oktober, gelangt die Oper „Die ägyptische Helena“ von Richard Strauss zur zweiten und am Sonntag, 23. Oktober, zur dritten Aufführung. — Am Samstag, 22. Oktober, wird der mit großem Beifall aufgenommene „Ballabend“ wiederholt.

Im Konzerthaus gelangt am Sonntag, 23. Oktober, das Singspiel „Die Nacht in Venedig“ zur zweiten Aufführung. Die folgende (letzte) Oktoberwoche bringt mit der von Dr. Carl Bagemann neu bearbeiteten und inszenierten Operette „Eine Nacht in Venedig“ von Johann Strauß eine Erstaufführung und mit dem Drama „Schluch die Erde“ von Friedrich Roth die angekündigte Erstaufführung.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

19. Oktober:

1745 Englischer Satiriker J. Swift. — 1812 Napoleon flieht aus Moskau. — 1813 Napoleon flieht aus Leipzig. — 1863 Dichter Gustav Krenzien. — 1897 Karl Grillenberger. — 1878 Sozialistengesetz angenommen. — 1921 Amerika ratifiziert Friedensvertrag. — 1921 Tierbildhauer August Gaul.

Wir wollen helfen!

Wieder steht ein schwerer Winter vor der Tür. Uns Unermehliche ist die Not gestiegen. Sie zu lindern, ist die Aufgabe, die sich unsere Notgemeinschaft wiederum gestellt hat.

Das gegenwärtige Werk kann nur gelingen, wenn die Karlsruher Bürgerchaft ihre bisher in allen Notzeiten bewiesene Hilfsbereitschaft und Opferwilligkeit auch diesmal in die Tat umsetzt.

Darum, Karlsruhe, gebt alle, gebt gerne, gebt reichlich. Auch die kleinste Gabe ist willkommen.

Hilfe tut not!

Karlsruhe, den 18. Oktober 1932.

Karlsruher Notgemeinschaft

Der Vorsitzende: Dr. J. Finter, Oberbürgermeister.

Der Arbeitsausschuß. Der Werbeaufschuß.

Die angeschlossenen Organisationen.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund — Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund — Antifaschistischer Frauenverein — Antifaschistische Strömungsgemeinde — Arbeitgeberverband der Industrie — Arbeitsamt — Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine — Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz — Badischer Kriegerbund — Badische Landwirtschaftskammer — Badische landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft — Blindenvereinigung — Bund erblindeter Krieger — Bund Deutscher Ärzte — Caritasverband — Christliche Arbeiterhilfe — Deutscher Beamtenbund — Deutscher Offiziersbund — Eiskatholischer Frauenverein — Evangelische Gemeinschaft — Evangelischer Jugend- und Wohlfahrtsdienst — Evangelischer Kirchenvereinsrat — Evangelischer Erwerbsrat für Junger Witwen — Frauenvereinsvereine — Finter (paritätischer) Wohlfahrtsverband — Gewerkschaften — Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände — Handwerkerbund — Handwerkerkammer — Helfersarmee — Israelischer Frauenverein — Israelische Gemeinde — Israelische Religionsgemeinschaft — Israelischer Wohlfahrtsbund — Jungdeutscher Orden — Karlsruher Anwaltsverein — Karlsruher Bankvereinigung — Karlsruher Einzelhandel — Karlsruher Frauenklub — Karlsruher Hausfrauenbund — Karlsruher Männerverein vom Roten Kreuz — Karlsruher Studentenbund — Katholisches Stadtbüro — Katholisch-Deutscher Frauenbund — Kleintierverein — Männervereinsvereine — N.S. Wohlfahrtsdienst — Reichsbund der höheren Beamten — Reichsbund der Kriegsgeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen — Reichsbund der Kinderreichen — Reichsbund Deutscher Dentisten — Reichsbund des deutschen Groß- und Ueberseehandels — Reichsverband Deutscher Zahnärzte — Rektor und Senat der Technischen Hochschule — Stadtrat — Stadterwerbsvereinsrat — Städtisches Fürsorgeamt — Verband Badischer Holzindustrieller — Verein Arbeiterwohlfahrt — Verein für Frauenbewegung — Verein Karlsruher Ärzte — Verein Karlsruher Ärzte — Vereinigung Karlsruher Seilungsbedienter — Zentralverband der Arbeitslosen und Armen Deutschlands.

Spenden nehmen entgegen: Postfachkonto 22100, die hiesigen Banken, die städtische Sparkasse, die Stadtkaufhalle, die Expeditionen der hiesigen Zeitungen, die Geschäftsstelle der Notgemeinschaft, Gartenstraße Nr. 47, Fernruf: 529.

Karlsruher Winternothilfe 1932/33

Helfe wer noch helfen kann!

Wieder steht der drohende Winter vor der Tür. Die Zahl der Wohlfahrts- und Fürsorgeempfänger ist im ununterbrochenen Steigen begriffen. Viele Familien, deren Ernährer nun schon seit Jahren erwerbslos ist, sehen mit Bangen auf die kommenden Monate. Was Wunder, daß auch die Karlsruher Notgemeinschaft sich entschlossen hat, auch in diesem Winter wieder ihre Tätigkeit aufzunehmen. Als vor einigen Tagen der Ruf nach ehrenamtlichen Helfern erlangt, da meldete sich wieder die stattliche Zahl von 470 Männern und Frauen, die gewillt sind, mit ihrer Person sich für die Sache einzusetzen.

Für den Dienstag nachmittag hatte Oberbürgermeister Dr. Finter zu der Aufführung eingeladen. Zahlreich waren die Helferinnen und Helfer dem Rufe gefolgt. Viele Persönlichkeiten, die sich beruflich und ehrenamtlich mit der charitativen Tätigkeit befassen, waren unter den Erschienenen. Einleitend gedachte der Oberbürgermeister den schweren Aufgaben, die diesmal der Winternothilfe harren. Mit Anerkennung gedachte er des ungeheuren Opfermutes, den das deutsche Volk im vergangenen Winter aufgebracht hatte. Dank sagte der Oberbürgermeister neben den vielen Gebern vor allem den eifrigen Helfern, die in unermüdlicher Arbeit mit halfen, daß dieses Ergebnis erzielt werden konnte. In diesen Dank schloß der Oberbürgermeister die dringende Bitte, daß auch im kommenden Winter die Helfer sich wieder so erfolgreich an der Aktion beteiligen mögen. Schließlich erhofft der Oberbürgermeister von den Maßnahmen der Reichsregierung zur Aufhebung der Wirtschaft eine, wenn auch langsame Entlastung des Fürsorgeetats. Auch die Meinung des Oberbürgermeisters, daß nunmehr der Tiefstand der Krise erreicht sein dürfte, klingt immer noch recht optimistisch, wenn er dabei auf eine baldige fühlbare Erleichterung hofft. Vorerst hat Karlsruhe die dringende Sorge, wie werden die 35 000 Menschen, die in Karlsruhe von der Wohlfahrt leben, durch diesen Winter gebracht? Wie überall, so wurden auch hier die Rückschlüsse von 38 auf 32 M herabgesetzt. Trotzdem ließ der Oberbürgermeister durchblicken, daß, wenn die Belastung so anhält, auch die gefürzten Säge auf die Dauer nicht mehr zu halten sein werden. Im Namen der Bedürftigen richtete er an die gesamte Öffentlichkeit die dringende Bitte: „Helfe wer noch helfen kann!“

Nun sprach Charitasdirektor Steimer für die freien Wohlfahrtsverbände und berichtete von den Maßnahmen, die im kommenden Winter ergriffen werden sollen. Allem voran geht wieder die Speisung der Bedürftigen. In 15 eingerichteten Küchen können täglich wieder bis zu 3000 Essen verabreicht werden. Wie beliebt diese Einrichtungen wurden, beweist die große Zahl der abgegebenen Essen im letzten Jahre, die sich weit über 300 000 beziffert. Auch in diesem Winter soll das Essen für 15 Pfennig abgegeben werden,

Moskowitz

Sprengen Arbeitslosen-Versammlung

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:

Kommunistische Drahtzieher vom Schläge R u d h und G ö s s haben in den Reihen der Fürsorgepflichtarbeiter eine Bewegung getrieben, daß ein Teil dieser Leute am Montag voriger Woche in den Streik getreten ist. Der Streik wird von den Gewerkschaften als ein wider und von der A.G.D. und den Kommunisten angesetzter Streik angesehen. Man muß ihn als sinnlos bezeichnen. Mit der Ablehnung kommunistischer Kampfmethoden sowie der Ablehnung der Beteiligung an diesem Streik ist jedoch noch lange nicht getan, daß berechtigte Klagen, wie sie im Kreise der Fürsorgepflichtarbeiter geführt werden, nicht anerkannt werden sollen. Der Ausschuss des A.G.D. hat sich eingehend mit den ihm zugegangenen Klagen beschäftigt und bereits Schritte unternommen, um dort Abhilfe zu schaffen, wo Abhilfe nottut. Sollten Stadtverwaltung und Stadtrat die berechtigten Forderungen und Wünsche, wie sie durch die Gewerkschaften im Interesse der Wohlfahrtsberechtigten und Fürsorgepflichtarbeiter gestellt werden, ignorieren, werden Mittel und Wege gefunden werden, um dieselben zur Durchführung zu bringen. Besonders soll herausgestellt werden, daß die Stadtverwaltung ein gerüttelt Maß von Schuld daran trägt, daß in den Reihen der Fürsorgepflichtarbeiter ein Streik ausgebrochen hat und sie es beabsichtigt, den kommunistischen Drahtziehern und Elementen der A.G.D. leistungsmäßig, das heißt bei Wohlfahrtsempfängern und Fürsorgepflichtarbeitern ein williges Ohr zu leihen. Die Art der zu leistenden Pflichtarbeit ist herabgesetzt, daß auch vom Standpunkt der Gewerkschaften aus gesehen energisch protestiert werden muß. Es werden Arbeiten in Angriff genommen und ausgeführt, die selbst unter weithiniger Auslegung des Fürsorgepflichtgesetzes nicht unter den Rahmenbegriff der zu leistenden Pflichtarbeit fallen. Es sind darunter Arbeiten, die nicht als Notstandsarbeiten bezeichnet werden müssen und bei denen der entgeltliche Lohn zu zahlen ist. Geht eine solche Art zu leistender Pflichtarbeit müssen sich auch die Gewerkschaften wenden. Eine Untersuchung und Bestimmung über die gegenwärtigen von der Stadtverwaltung in Angriff genommenen Arbeiten, zu denen Fürsorgepflichtarbeiter herangezogen werden, hat in den letzten Tagen durch die Vertreter der Gewerkschaften stattgefunden. Ueber diese bei der vorgenannten Bestimmung gemachten Beobachtungen wird mit der Stadtverwaltung umgeben verhandelt werden müssen. Es geht nicht an — das sei hier besonders betont —, daß ausgesprochene Tiefbauarbeiten und die zur Durchführung dieser Arbeiten noch erforderlichen Betonarbeiten auf dem Wege der Pflichtarbeit gemacht werden. Was von diesen Baustellen aus den Reihen der Fürsorgepflichtarbeiter den zuständigen Gewerkschaften als Klage vorgebracht worden ist, hat seine Berechtigung.

Bei der Durchführung des Streiks, wie er durch A.G.D. und A.P.D. angesetzt wurde, handelt es sich aber gar nicht darum, Beschwerden der Fürsorgepflichtarbeiter abzuwehren zu wollen, es soll vielmehr bezweckt werden, die Pflichtarbeit gänzlich zu befechtigen. Ein Unterfangen, das sich zum Nachteil der am Streik beteiligten Fürsorgepflichtarbeiter auswirken kann, daß sie für die Zeit, während der sie sich am Streik beteiligen, ihrer Unterfertigung verlustig gehen. Das wissen die Drahtzieher, das wollen sie auch, um so ihre Parteiziele leichter ausführen zu können. Mit solchen Argumenten berechtigte Beschwerden abzuwehren, dafür haben diese Leute kein Interesse, das beweist der Verlauf der vom Ortsausschuß des A.G.D. am Samstag nachmittag im Volkshaus einberufenen

Erwerbslosenversammlung.

Der A.G.D. verfolgte mit der Einberufung einer Erwerbslosenversammlung die Absicht, Mittel und Wege zu suchen, wo einzusetzen werden soll, um berechtigte Beschwerden abzuwehren. Trotzdem nur die erwerbslosen Kollegen, die auf dem Boden der SPD stehen und solche, die Mitglied der Freien Gewerkschaften sind, zu dieser Versammlung eingeladen waren, hat sich ein Teil der außerhalb dieses Rahmens stehenden, unter Führung eines gewissen R u d h (A.P.D.) und G ö s s (A.G.D.) einschleichen. Die Absicht dieser „Arbeiter-Vertreter“ und ihrem Anhang war von vornherein die, diese Versammlung, in der praktische Arbeit für Wohlfahrtsberechtigten und Fürsorgepflichtarbeiter getrieben sollte, unmöglich zu machen. Dem satzungsbekanntem A.P.D.-Ruf ist dieses Werk auch gelungen.

Das einleitende Referat hatte Genosse R. K o s h. In streng sachlicher Form setzte er der Versammlung auseinander, warum der A.G.D. die Kollegen gerufen habe. Es ist nicht Absicht der Gewerkschaften, die Kollegen einzuladen, wie der beliebige Anspruch gewisser Drahtzieher lautet, sondern in streng sachlicher Form soll in gemeinsamer Arbeit nach Mitteln und Wegen gesucht werden, wie Mängel abzuwehren sind. Eingehend auf den Streik der Fürsorgepflichtarbeiter erklärte der Redner, daß Ziel und Zweck des Streiks keineswegs dazu führen, eventuell vorhandene Mängel in der Art der Arbeit zu beheben. Charakteristisch ist, daß R u d h, der sich jetzt als Streikführer aufstellt, selbst Pflichtarbeit macht und nicht streikt. Er will, wie er sich auszubringen pflegte, die Fürsorgepflichtarbeiter ideologisch aufzuklären. Genosse

die restlichen 15 Pfennig werden von der Winternothilfe getragen. Weiter sollen wieder eine Anzahl Freitische für Bedürftige bei Privaten und Geschäftsleuten bereitgestellt werden. Eine weitere Hauptaufgabe wird die Winternothilfe in der Kohlenversorgung erblicken. Geplant ist auch eine Geldlotterie, die vor der Weihnachtszeit gespielt werden soll und ebenfalls zur Beschaffung der Geldmittel dient. Daneben sind natürlich auch wieder Bildungsmaßnahmen in umfangreichem Maße vorgesehen.

Mit diesem umfangreichen Programm, das sich die Karlsruher Winternothilfe vorgenommen, beginnt nun die Arbeit. Möge jeder Einzelne, der dazu noch in der Lage ist, sein Teil beisteuern, damit das schöne Werk auch in diesem Jahre von Erfolg sein wird.

Abschied von Heinrich Fischer

Eine recht große Trauergemeinde fand sich gestern nachmittag zur Bestattung des Genossen Heinrich Fischer ein. Schlicht, aber eindringlich war der Abschiedsakt. Verschiedene Vereinsadnen flankierten zu beiden Seiten des Sarges, ebenso eine Abteilung des Reichsbanners. Dazu die vielen Kränze und Blumenbinden, so daß ein erhabendes Bild entstand. Harmoniumklänge leiteten die Feier ein, worauf eine Abteilung des Reichsbanners mit einem stimmungsvollen Trauerlied aufwartete. Gen. Farrer Rappes, der den kirchlichen Teil der Bestattungsfeier übernommen hatte, zeichnete ein treffliches Bild unseres Heiners, insbesondere wie er für die Unterdrückten, für die Arbeiterchaft legerreich gewirkt hat, so daß auch wir an seinem Sarge geloben müssen, mit noch stärkerer Bereitschaft wie bisher uns einzusetzen für das Werk,

noch keine der Versammlung auseinander, welche Schritte im Interesse der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und der Fürsorgepflichtarbeiter unternommen werden müssen. Uebergehend auf die Art der Arbeit führte er aus, daß die von den Fürsorgepflichtarbeitern geleistete Arbeit keine Arbeit ist, sondern nur ein bloßer Teil von Notstandsarbeiten anzupreisen seien, zu denen ererblicher Teil von Facharbeitern herangezogen werden muß, wo für selbstverständliche Tariflöhne in Betracht kämen. Aber schon Fürsorgepflichtarbeiter mit herangezogen werden, so müßte eine anderweitige Regelung getroffen ist, die gegenwärtige Lage um das Doppelte erhöht werden, da infolge erhöhter öffentlicher Anstrengung der betroffenen Arbeiter auf einen höheren Aufwand an Zahlungsmitteln für den Tag der zu leistenden Pflichtarbeit hat. Die Begeisterung von der Endstation der Straßenbahnlinie im Vorort Karlsruhe bis zur Arbeitsstelle Karlsruher beträgt hin und zurück 70 Minuten. Diese Zeit muß in die tägliche Arbeitszeit mit aufgerechnet werden, da mit in Betracht gezogen werden muß, daß Arbeiter, die in den städtischen und städtischen Stadtteilen wohnen, bereits schon eine Fahrt von dreizehn bis vier Stunden mit der Straßenbahn hinter sich haben.

Ein außerordentlicher Mangel ist, daß die meisten Fürsorgepflichtarbeiter ihrer überaus langen Arbeitslosigkeit mit ihrer Schu h w e r k gänzlich herunter sind. Hier muß die Stadtverwaltung unter allen Umständen Entgegenkommen zeigen. Neben rekapituliert: Was wir wollen ist, daß reine Notstandsarbeiten herangezogen werden, zu trennen sind. Weiter: daß die gesamte Zahl der Fürsorgepflichtarbeiter, zu denen die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger der vom A.G.D. und der unterstellten Erwerbslosen-Kommission — nicht wider Erwerbslosen-ausschuß gestellt Antrag auf Winterbeihilfe bald verabschiedet wird, wobei Voraussetzung ist, daß die Stadtverwaltung größtmögliche Entgegenkommen zeigt. Auf dieser Linie bewegen sich der A.G.D. mit den ihm angeschlossenen Gewerkschaften die sozialdemokratische Parteileitung. Unsere Aufgabe liegt dem Gebiet sachlicher Art, um allen Zweckes die Interessen uns sich anvertrauten erwerbslosen Kollegen mit Nachdruck vertreten und ihre Besserstellung herbeizuführen. Das was heute in der Führung des Streiks leben, ist ein sinnloser Streik. Wir leben solche Streikführer ab, bei denen nur die Voraussetzungen politische Geschäftsbereit ist.

In der sich hierzu anschließenden Diskussion sprach zunächst der Kommunist K o s h. Er führte eine Reihe von Beschwerden an über das prozessierende Verhalten einzelner Beamten im Volkshaus. Ein Beamter hat er besonders herausgearbeitet, ihm gegenüber einen Anspruch geltend machen soll, den, wenn er nicht weichen will, auch wir für eine Gemeinheit halten. R. will zu den Beamten gelangt haben: „Ihr könnt uns doch nicht verurteilen lassen“, worauf die Antwort von K. gefolgt sei: „Warum nicht?“

Es sprachen noch einige andere Redner — u. a. der Kommunist G ö s s — die verurteilten, den Streik zu rechtfertigen. Als letzter Redner sprach der satzungsbekannt R u d h, dem die sonst sachliche Behandlung ein Dorn im Auge war. Kein Wort fand er zur Sprache dafür, wie sachlich für die Interessen der Erwerbslosen und Fürsorgepflichtarbeiter eingetreten werden soll. Ein Odes und die Gesinnung über die Gewerkschaften und die SPD, mußte die Versammlung über sich ergehen lassen. Als dieser Zeit-Moment aber den Teil der Versammlung, der auf dem Boden der SPD und der Freien Gewerkschaften steht, mit gemeinen, beleidigenden und schändlichen proposierte wurde ihm vom Vorsitzenden des Erwerbslosen-ausschusses des A.G.D., der die Versammlung leitete, das Wort entzogen, worauf ein Wutgeheul seiner Mitversammelten, „Selbst!“ losbrach. Es brüllten und forderten, daß R u d h reden darf. Als er nicht aufpassen wurde, daß die Versammlung auf. Das nennen diese Furien dann Eintreten für die Partei der Arbeiterklasse! R u d h behauptete sich folgender beleidigender Weise: Die Gewerkschaften haben sich in die Unternehmern eingelassen und die Gewerkschaftsführer sind Kapitalisten. R u d h sprach die Tragweite seiner Handlungen wohl bewußt. Er redete damit, daß dadurch Tumult entstehen muß und die zu leistenden sachlichen Arbeiten der Versammlung gestört werden. Als die Zusammenkünfte drohten, verließ dieser Wutgeheul die Lokal.

Trotz dieser widerlichen Szene der Rasi werden die Gewerkschaften sich bemühen, die Lage der Erwerbslosen und Fürsorgepflichtarbeiter zu verbessern. Die Kollegen, die dieses anerkennen, werden den Terror dieser verbrecherischen Geistes in unter Druck setzen, daß sie mit Widerwillen sich ihren Maßnahmen unterordnen und eine kurze Zeit und wir haben die Dinge satt! Wir werden den Terror des sogenannten Kampfausschusses, der sich zum Teil aus R o s t-Kraus und Unorganisierten zusammensetzt, mit den Erwerbslosen, mit denen er glaubt, uns bekämpfen zu müssen. Erwerbslosen werden am Samstag erkannt haben, welche Lieder mit ihnen getrieben wird.

an dem der nun Verstorbene so erfolgreich mitgearbeitet. Er hat nun eine Reihe von Kranzniederlegungen mit entsprechenden Worten der Anerkennung für die geleistete Arbeit, sowie des Dankes. Aus allen Reden kam heraus, wie Heinrich Fischer tätig war für die proletarische Sache und überall mitbald sozialistische Bewegung zu fördern. Im Auftrag des Reichsbannerstandes, sowie des Bezirks Baden-Pfalz des Reichsbannerlegte Gen. S o r t e r einen Kranz nieder, für die hiesige Ortsgruppe Gen. K l e i n e r, für das Reichsbanner Gen. S a m m e t, für die hiesigen Ortsgruppen des A.G.D. Gen. S c h u l e n b u r g, für die Sozialdemokratische Partei Gen. K o s h, für den Geliebten „Bormwärts“ Gen. B e r a m a n n, für die Passalia Gen. B e r a m a n n; außerdem erloschen Kranzniederlegungen seitens der Krantzen „Einigkeit“, sowie von auswärtigen durch Vertreter des Reichsbannerbundes aus Stuttgart, Neustadt und Wörbenheim.

Nach ein Lied der Abteilung des „Bormwärts“ und unter nachfolgenden Trauerklängen des Harmoniums wurde der Sarg mit unermert toten Freunde aus der Treibhofsallee getragen. Er trat die letzte Fahrt an, hinaus hinaus zum Krematorium, wo er was an anderem Heinrich verdinglich ist, von den Flammen wieder verandert wurde. Wir aber wollen geloben, daß das Werk an dem Heinrich Fischer mitgearbeitet, am Leben bleibt, dann ist unser Freund, obwohl gestorben, nicht tot sein. In diesem Namen nehmen wir von ihm Abschied.

(.) Silberne Hochzeit. Die Eheleute Regina Salzfisch und Josef Salzfisch, Bierbrauer, können heute das 25-jährige Jubiläum feiern. Wir gratulieren! Herzliches Glückwunsch!

Verband der Maler

Die Gehilfenschaft vom Malergewerbe nahm am Dienstag, den 17. Oktober, in einer sehr gut besuchten Versammlung Stellung zur Ausführung der Malerarbeiten in der Stadtrandiedlung...

In der darauffolgenden Aussprache kam ebenfalls die Entlohnung gegen die Bauleitung sowie gegen die genannten Malermeister zum Ausdruck...

Die am 17. Oktober versammelten Gehilfen des Malergewerbes erheben hiermit schärfsten Protest gegen die Art der Ausführung der Malerarbeiten in der Stadtrandiedlung...

Die Versammelten erwarten von den Behörden, daß die Malerarbeiten im Sinne des Beschlusses des Bürgerausschusses ausgeführt werden.

Die Versammelten erwarten auch von der Handwerksammer, daß sie pflichtgemäß gegen diejenigen Malermeister vorgeht, welche ihre Lehrlinge auf diese Weise verleihten...

(.) Kinderheimkehr. Am Donnerstag, 20. Oktober, 19.58 Uhr, lehren die vom Verein Jugendhilfe zur Kur in Friedenweiler, und am Freitag, 21. Oktober, 15.20 Uhr, die in Steinabad untergebrachten Kinder hierher zurück.

1. Sinfonieconcert des Badischen Landeskapellmeisters. Mit Tjane Dobrowan, der auch hier schon einmal (vor zwei Jahren) als ausgezeichnete Sängerin und eifriger Vorkämpfer russischer Musik...

Oeffentliche Frauen- und Wählerinnen-Versammlung

Freitag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, spricht im Festsaal des Restaurant „Friedrichshof“ Frau Reichstagsabg. Agnes Berlin.

Die Polizei berichtet:

Schwerer Verkehrsunfall. Gestern abend kurz nach 10 Uhr wollte ein verheirateter Schneider von hier die westliche Kaiserstraße überqueren...

Mutwilliger Feueralarm. Gestern nachmittags wurde von einem bis jetzt noch Unbekannten der Feuermelder in der Dürmersheimer Straße gezogen...

Lichtspielhäuser. Badische Lichtspiele - Mädchen in Uniform. Gestern kam in den Badischen Lichtspielen „Mädchen in Uniform“ als zweiter Teil zum Aufführung.

Carl Froehlich, der bedeutendste und mutigste Regisseur und Szenarist...

Wasserstand des Rheins. Salet 23, seht. 2; Waldshut 225, seht. 3; Rheinweiler minus 158, seht. 3; Rehl 240, seht. 1; Maxau 357, seht. 2; Mannheim 255, seht. 4; Caub 178, seht. 6 Zim.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Donnerstag, 20. Oktober, 8 Uhr abends, Uebung der Kameradschaft (Turnhalle Südbadische).

Schmerzloses Rasieren durch vorheriges Einreiben mit NIVEA CREME oder aber mit NIVEA-OL.

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Verfassungsreform

Der bekannte Historiker an der Berliner Universität, Professor Dr. Meinede, nimmt in der Vossischen Zeitung Stellung zur Verfassungsreform. Er betont die Notwendigkeit, Änderungen an der Weimarer Verfassung einzutreten zu lassen...

„Diese Verfassung wird errät durch die Struktur der Regierung Papen-Schleier-Gaol. Sie ist vielleicht das merkwürdigste und riskierteste Experiment der neueren deutschen Verfassungsgeschichte. Sie lebt von politischem Leihkapital, und dazu noch einem recht kurzfristigen angelegten, und wagt damit sehr große Dinge.“

Die Weimarer Verfassung, die einst in einer so extremen Situation von Links- und Mittelparteien geschaffen wurde, hat neben all ihren großen geschichtlichen Verdiensten...

neben all ihren großen geschichtlichen Verdiensten, — schade, daß Herr v. Gaal in seiner Verfassungsrede von diesen geschwiegen hat — der Fehler nicht ganz vermieden, ihre Einrichtungen zu sehr auf die damalige extrem große Machtstellung des Linkslogers zu su schneiden.

Und das ist nun die größte Gefahr, die wir gegenüber den Verfassungsplänen der Regierung haben, daß sie den Fehler heute in umgekehrter Richtung wiederholt. Sie lebt zwar heute, wie wir sagten, von politischem Leihkapital und hat von parteimäßig gebundenen politischem Leihkapital und von parteimäßig gebundenen Kräften wenig hinter sich.

Man denke also im Regierungslager nicht nur an heute und morgen, sondern auch an übermorgen! Der Wendel, der heute nach rechts schwingt, wird bestimmt einmal wieder nach links hinübergehen. Nachdem man sie aus Preußen hinausgeworfen hat, ohne sie dadurch zur Revolution zu zwingen, scheint es fast, als ob man sie fortan ignorieren könne.

Karlsruher Umgebung

Weingarten. Am Donnerstag, 20. Oktober, findet in der Hütte der S.M. eine äußerst wichtige Versammlung der Eisenen Front statt, wozu alle Mitglieder verpflichtet sind zu erscheinen.

Hagsfeld. Gemeinderatsitzung vom 13. Oktober. Von einer Fälschung wurde Kenntnis genommen. — Unter Berücksichtigung der bestehenden Notlage wurden drei Gesuche um Nachlass genehmigt.

Ständebuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 15. Okt.: Wilhelm Ludwig Lehle, 54 Jahre alt, Ehemann, Schlosser in Rintheim.

21. Okt.: Friedrich Eger, 50 Jahre alt, Tagelöhner, Ehemann, Beerdigung am 19. Oktober, 14 Uhr.

18. Oktober: Friedrich Treffinger, 73 Jahre alt, Metzger, ledig, Beerdigung am 20. Oktober, 11 Uhr in Mühlburg.

35 Jahre alt, Ehemann, Kraftwagenführer, Beerdigung am 20. Oktober, 17 Uhr in Sulach.

Bekleidungs- u. Schuhwaren-Geschäft. Verantwortlich: Volpert, Drehtisch Baden, Volkshilfsdienst, Gewerkschaftliches, Soziales, Funktion, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Leber Nachrichten, S. Gräberdam; Groß-Karlsruhe, Gemeindepollitz, Durlach, Aus Mittelbaden, Gerichtssetzung, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Jungvolk, Delmat und Wandern, Sport und Spiel, Kunststoffe: Josef Eisele, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Kräger, Sammler monatlich in Karlsruhe.

Kommerzienrat Josef Kaiser 70 Jahre alt. Kommerzienrat Josef Kaiser, der Begründer und Leiter von Kaiser's Kaffeegeschäft G.m.b.H., vollendet am 20. Oktober das siebzigste Lebensjahr.

Als Josef Kaiser vor mehr als fünfzig Jahren in das kleine Handelsgeschäft seines Vaters zu Wiersen im Rheinland eintrat, wurde dort noch aber einem Rodenfeuer mit einem Handröster Kaffee gebrannt.

Der junge Sohn des Hauses war oftmals von früh bis spät mit einem Handwagen unterwegs, um die frischgebrühten Ware von Haus zu Haus zu verteilen.

Wald aber leben wir ihn als eifrigen Besucher der für den Markt tonangebenden holländischen Kaffee-Auktionen, stillschweigend neue Maschinen gelingen ihm, und er wird ein gefeierter Ratgeber bei Rohstoffen und Zaren.

Geschäftlich leitete ihn von Anfang an der Schwager, die Jahre unmittelbar aus den Produktionsländern zu beziehen und ohne Zwischenhandel dem Verbraucher zuzuleiten.

Schon in den achtziger Jahren wurde die erste Kaiser's Mühle in Dulsburg gegründet und in der Folgezeit entstanden dann allmählich durch seinen Wagemut rund 1700 Tochtergeschäfte in ganz Deutschland und der Schweiz.

Josef Kaiser ging selbst in die Erzeugnisländer des Kaffees, schuferte sich die besten Ernten und forzte für zweckmäßige Ansaufe und Verpadama. In den verschiedenen Vertriebsbezirken wurden eigene Großröstereien eingerichtet.

Kaffee, Schokoladen, Malzstroch, Kaffeegeschäft, Warenwarenfabriken und Rohstoffmittelwerke wurden dem Unternehmen angegliedert. Heute beschäftigt die Firma in ihren Produktionsstätten und Verkaufsstellen viele tausend Arbeiter und Angestellte, deren Zahl auch in der gegenwärtigen Krisenzeit nicht zurückgegangen ist.

Nationalsozialistische Arbeiter-Partei Ortsgruppe Karlsruhe-West

Sie haben sich der Mühe unterzogen, unsere Partei zu der von Ihnen für den 18. Oktober anberaumten Wahlkundgebung im Lokal am „Röhlen Kraut“ abends 8 Uhr 15 Min. einzuladen.

Das in Ihrer Kundgebung zu behandelnde Thema nennen Sie: „Nationalsozialismus und Christentum.“

Wir antworten Ihnen auf die uns zugegangene Einladung wie folgt:

1. Wie sich die Nationalsozialisten mit dem Christentum abfinden resp. auseinandersetzen wollen, ist uns gleichgültig.

2. Mühen wir es absehen, uns von Ihnen zu Veranstaltungen, die von Ihrer Seite ausgeben, einzulassen.

3. Lehnen wir es grundsätzlich ab, mit einer Partei, deren Presse und Redner uns und unsere führenden Genossen täglich mit den gemeinsten und schmutzigsten Mitteln bekämpft, beleidigt und herunterreißt, uns in eine sachliche Diskussion einzulassen.

Wir wiederholen: Als anständige Menschen und Politiker lehnen wir es ab, auch nur im geringsten mit Ihnen in Verbindung zu kommen. Mit politischen Strauchdieben haben wir nichts gemein.

Sozialdemokratische Partei Groß-Karlsruhe.

Koter Faden

Nächste Aufführung in Karlsruhe am Sonntag. Wegen der am Freitag, den 21. Oktober, stattfindenden Frauenversammlung, die nicht verlegt werden kann, spielt der „Kote Faden“ in Karlsruhe erst am Sonntag, den 23. Oktober.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

Donnerstag abend 7 Uhr Zusammenkunft im Turnersaal. Er scheinen dringend notwendig.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wetterausblick für Donnerstag, 20. Oktober: Stellenweise leichter Nachtfrost und Morgennebel. Am Tage noch ziemlich heiter, trocken und etwas milde.

Dereinsanzeiger

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind in der Regel für den Hausgebrauch...

